

Prekäre Arbeit – prekäres Leben

Die Begriffe, die man sich von etwas macht
sind sehr wichtig.

Sie sind die Griffe, mit denen man
die Dinge bewegen kann. (Bert Brecht)

Die längst überwunden geglaubte soziale Unsicherheit kehrt zurück.

Die soziale Frage wird wieder in der Öffentlichkeit debattiert.

Erinnern wir uns an die heftigen Diskussionen, die die Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 ausgelöst hat. Der Begriff „prekäre Arbeit“ wurde zum ersten Mal in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Im Anschluss an Robert Castells Werk über die „Metamorphosen der sozialen Frage“ haben Brinkmann, Dörre u.a. die Ungleichheitsforschung in Deutschland wieder aufgegriffen. Die Sensibilität für dieses Thema wurde geschürt durch die Entwicklungen in der Realität - vor allem durch die Gesetze für moderne Dienstleistungen, die Gesetze Hartz I bis Hartz IV. Es hat sich gezeigt, dass die Ausbreitung prekärer Beschäftigung und die damit verbundene soziale Verunsicherung und Ausgrenzung ein zentrales Element eines am Neoliberalismus orientierten Beschäftigungsmodells darstellt.

Schon seit Ende der 90er Jahre wird von neoliberaler Seite die Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses betrieben. Statt neuer Formen sozialer Absicherung werden mehr Eigenverantwortung und der Abbau des Sozialstaates empfohlen.

In Begriffen wie Eigenverantwortung, Flexibilität oder Selbstständigkeit sind Elemente enthalten, die zu früheren Zeiten durchaus emanzipatorischen Charakter hatten und sich bis zu den Wurzeln der Arbeiterbewegung zurückverfolgen lassen. In der neoliberalen Kontextuierung erhalten diese Begriffe jedoch einen völlig anderen Sinn: Die Individuen werden von außen durch die Ansprüche einer marktliberalen Steuerung des betrieblichen und gesellschaftlichen Lebens gerade dieser Möglichkeiten und damit dieser Fähigkeiten beraubt.

Nicht nur die strukturellen Veränderungen der Arbeitsorganisation und der Beschäftigungsverhältnisse sondern auch die subjektiven Verarbeitungsmuster verändern sich. Immer deutlicher wird, dass prekäre Beschäftigung nicht nur zur Unsicherheit bei den unmittelbar Betroffenen führt, sondern auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in relativ gesicherten Beschäftigungsverhältnissen ausstrahlt.

Unsicherheit und Zukunftsangst wirken sich auf alle Lebensbereiche aus; vor allem wird die Akzeptanz immer schlechterer Arbeitsbedingungen erhöht.

Einem vorläufigen Höhepunkt strebt die Debatte um Hartz IV und den Sozialstaat durch die jüngsten Äußerungen von Guido Westerwelle zu. Westerwelle hatte in einem Zeitungsbeitrag nach dem Hartz IV – Urteil durch das Bundesverfassungsgericht beklagt, die Debatte trage „sozialistische“ Züge: „Wie in einem Pawlowschen Reflex wird gerufen, jetzt könne es erst recht keine Entlastung der Bürger mehr geben, das Geld brauche man für höhere Hartz IV – Sätze.“ Es werde viel über die Empfänger von Steuergeldern gesprochen, „doch die, die alles bezahlen, finden

kaum noch Beachtung“ und weiter schrieb der Außenminister: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ Die Existenzsicherung von Arbeitslosen wird also wahlweise als „sozialistische Zwangsbeglückung“ oder als „spätrömische Dekadenz“ denunziert.

Noch im Wahlkampf vor wenigen Monaten gab sich Westerwelle als Arbeitslosenverstehler: „Wenn du selbst auf die 50 zugehst, siehst du plötzlich die 50-Jährigen neben dir, die ohne eigenes Verschulden alles verloren haben, mit anderen Augen.“ Kurz nach der Wahl setzte die FDP die Anhebung des Schonvermögens für Hartz IV -Empfänger/innen durch und vergrößerte damit die staatliche Umverteilung, denn diese Regelung betrifft nur eine verschwindend kleine Zahl von Hartz IV – Empfängern. „Wir haben die schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten der rot-grünen Regierung beseitigt.“ lobte der FDP-Chef gerne sich selbst.

Wir erinnern uns ebenfalls an die kürzlich stattgefundenen Debatte um den abstürzenden Mittelstand. Im Zentrum stehen hier vor allem die ständig steigenden Kosten und Abgaben, die zu immer weniger verfügbarem Einkommen führen. Die Zahl derjenigen, die zur Mittelschicht gerechnet werden ist von 63% 1996 auf 54% 2006 gesunken. Als Ursachen werden vor allem die Steigerung der Preise, der Steuern und der Sozialbeiträge genannt. Nicht thematisiert werden die Umverteilung von unten nach oben und die sich abzeichnende gesellschaftliche Polarisierung.

In der durch die FDP angestoßene Diskussion handelt es sich um ein wahltaktisches Manöver. Es scheint der Partei dringend angeraten, sich auf ihre Kernklientel zu konzentrieren und das sind nicht die Arbeitslosen. Es sind vielmehr immer noch die Rechtsanwälte, Hotelbesitzer, Apotheker ect. Es sind all diejenigen, die von sich glauben, sie würden unbotmäßig für diejenigen zur Kasse gebeten, die nicht arbeiten wollen oder können.

Real hat seit der Wahl im September eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden und weitere Schritte in diese Richtung sind geplant. Dies ist der Fall bei den geplanten Gesundheitskosten (Kopfpauschale) oder ist schon beim Kindergeldbezug realisiert. (Anhebung der Kinderfreibeträge und Pauschale von 20 Euro, die den Hartz IV Empfängern abgezogen wird). Westerwelle suggeriert mit seiner Aussage, 45% des Bundeshaushalts würden für Sozialleistungen ausgegeben, die hoch belasteten Steuerzahler müssten für immer mehr soziale Wohltaten aufkommen, die Vorstellung, die einen bezahlen, die anderen genießen das Leben, so als würde in den öffentlichen Haushalten vor allem Geld für die Hartz IV Empfänger ausgegeben. (Vom Finanzministerium werden sogar 54% angegeben.)

Zwei Fragen: Welche Leistungen fallen unter diesen Titel und sind die Kosten im internationalen Vergleich zu hoch?

1. Unter dem Haushaltstitel „Soziales“ sind eine Vielzahl von Einzelleistungen zusammengefasst. Den größten Anteil macht die Rentenversicherung mit 80 Milliarden Euro aus. Eine einfache Lösung bei der Rente ist nicht in Sicht. Sie könnte nur in Rentenkürzungen oder in Beitragserhöhungen bestehen. Beides will auch die FDP nicht. Unter diesen Titel fallen weiter Zuschüsse für die Krankenkassen, die Mittel für die Bundesagentur für Arbeit oder familienpolitische Leistungen. Hier müssten konkrete Angaben folgen, wo gekürzt werden sollte.

2. Es ist sehr schwierig, zu beurteilen, ob die Kosten für den Sozialstaat im internationalen Vergleich zu hoch sind. Die Sozialsysteme sind in den Ländern verschieden organisiert. Für Deutschland kommt noch die föderale Struktur hinzu. In der Regel werden Indikatoren herangezogen, z.B. die Höhe der Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung. Verglichen werden Ländern mit ähnlich weit entwickelten Sozialsystemen. Danach liegt Deutschland auf Platz acht von 27 Ländern der EU. (hinter Luxemburg, den Niederlanden, Schweden, Dänemark, Österreich, Belgien und Frankreich und fast gleichauf mit Finnland und Großbritannien)

Eine Assoziation, die Westerwelle bezweckt ist, es gäbe auf der einen Seite den hochbelasteten (auch kleinen) Steuerzahler, auf der anderen Seite den Leistungsempfänger. Dem ist jedoch nicht so, denn auch der „ganz normale Steuerzahler“ profitiert von zahlreichen Sozialleistungen: so von der Zuzahlung zu den gesetzlichen Krankenkassen, dem Kurzarbeitergeld oder später von den

Leistungen der Rentenversicherung.

„Mehr und mehr werden diejenigen in Deutschland, die arbeiten, zu Deppen der Nation.“ Die Klientel der FDP kann Westerwelle damit nicht meinen, denn die gut Verdienenden haben auch bei höheren Abzügen immer noch mehr Geld zu Verfügung als Transferleistungsbezieher/innen. Gemeint sein kann nur eine weitergehende Destruktion des Solidaritätsgedankens. Dem Gleichheits- und Gerechtigkeitsanspruch soll die Berechtigung entzogen werden.

Anders sieht es im Niedriglohnsektor aus. Vor allem für Familien mit Kindern kann es vorteilhafter sein, Hartz IV zu beziehen, als für wenig Geld arbeiten zu gehen. (noch dazu bei fehlender Kinderbetreuung). Auf diesen Skandal gibt es zwei mögliche Antworten: erstens können die Hartz IV – Sätze gesenkt oder zweitens können Mindestlöhne eingeführt werden, die die Kosten des Lebens decken. Das FDP-Modell hat den Nachteil, dass es den Niedriglöhnern nichts nutzt, außer für diese vielleicht die Gewissheit, dass es anderen noch schlechter geht.

Mit ihrer Untersuchung über „Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite“ haben Gerhard Bosch, Thorsten Kalinka und Claudia Weinkopf nachgewiesen, dass Deutschland im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern deutlich „aufgeholt“ und jetzt (2005) mit 22,0% Niedriglohnanteile die USA mit 25% fast eingeholt hat. (DK 8,5% FR 11,1% NL 17,6% UK 21,7%) Es reicht nicht die Entwicklung und Struktur der Niedriglohnbeschäftigung als eine grandiose Umverteilung von unten nach oben zu analysieren, sondern berücksichtigt werden müssen auch, „die Sogwirkungen eines wachsenden Niedriglohnsektors auf die angrenzenden Einkommensgruppen“.

Der Anteil der Frauen im Niedriglohnsektor ist seit 2000 geringfügig gesunken, von 69,4 % 2000 auf 68,1% 2006, doch ist ihr Anteil immer noch deutlich größer als bei den Männern, 30,6% 2000 gegenüber 31,9% 2006.

In den Jahren von 1995 bis 2006 sinken in Deutschland die realen Stundenlöhne um fast 14%. Von 1997 bis 2007 verschwinden in Deutschland 1,5 Millionen Vollzeit Arbeitsplätze. Gleichzeitig sind die Stellen für Teilzeitbeschäftigte und Minijobber/innen auf 2,5 Millionen gestiegen. Mindestens 1,2 Millionen Menschen müssen zusätzlich zu ihrem Arbeitseinkommen Hartz IV in Anspruch nehmen. Dieses Aufstockergeld kommt natürlich nicht von den Unternehmen, sondern vom Staat, der es wiederum über direkte und indirekte Steuern von den Bürgern einzieht.

Die empirische Analyse der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte spiegelt die zunehmende Belastung der Massen- und die Entlastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Der Anteil der Massensteuern (Lohnsteuer, Umsatz- und Verbrauchssteuer, Mineralöl- und Energiesteuer) am gesamten Steueraufkommen hat sich von 1960 von 37,5% auf 47,7% 1970, 62% 1980 auf 72,2% 2008 erhöht. Der Anteil der Umsatz- und Verbrauchssteuern als indirekte Steuern von 17,4% 1970 auf das Doppelte 35,9% 2008. Gleichzeitig ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern von 34,7% auf 20,7% 2008 gesunken. Das Ergebnis neoliberaler Deregulierungspolitik ist der sprunghafte Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, die Aushöhlung des Sozialstaates verbunden mit steigender Verschuldung.

Die prekäre Lebens- und Arbeitssituation ist für Frauen nicht neu.

In der als Fordismus bezeichneten Periode der kapitalistischen Entwicklung bestand ein relativ stabiles Arrangement von Normalarbeitsverhältnis, Wohlfahrtsstaat und Kleinfamilie. Nicht nur existierte eine weithin akzeptierte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern – Erwerbsarbeit einerseits und Hausarbeit andererseits – sondern auch die Festschreibung der untergeordneten Stellung der Frauen im Arbeits-, Familien-, Sozial- und Steuerrecht. Der Mann als Familienoberhaupt erhielt einen „Familienlohn“, die Erwerbsarbeit von Frauen wurde als „Dazuverdienst“ bezeichnet.

Die formale Gleichheit der Frauen ist weitgehend erreicht. Es hat eine Pluralisierung der Lebensstile und eine in Ansätzen realisierte Egalisierung des Geschlechterverhältnisses stattgefunden. Insbesondere im Bildungsbereich haben Mädchen und junge Frauen deutlich aufgeholt und die Jungen bei den Schulabschlüssen sogar überholt. Mehr Mädchen als Jungen schließen die Schule mit dem Abitur ab 26,4% Frauen (West), 19,7 Männer (West), 33,3% Frauen (Ost), 23,2 % Männer (Ost). Ohne Hauptschulabschluss verließen die Schule 2005 5,8% der Frauen (West), 9,5% der Männer (West) 6,7,% der Frauen (Ost), 12,5% der Männer (Ost). (Böckler Boxen, Themenseite Anhaltende Bildungserfolge der Mädchen – mehr Jungen ohne Abschluss.) Immer häufiger wird behauptet, dass insbesondere die jungen Männer die Verlierer der neueren Entwicklung seien. Häufig werden - direkt oder indirekt - die Frauen dafür verantwortlich gemacht. Aufgrund ihrer emanzipatorischen Bestrebungen ist die Förderung von Mädchen und Frauen im Bildungsbereich so gut gelungen, dass nunmehr die Jungen benachteiligt seien. Ein Chauvinismus kann sich erneut breit machen.

Dagegen müssen wir feststellen, dass es noch weitgehend ungelöste Probleme der geschlechtsspezifischen Segregation gibt, die aus früheren Zeiten in die heutige Zeit hineinreichen. Die Einkommen differieren stark - im Durchschnitt 23% - und die Differenz steigt neuerdings wieder.

Die Arbeitsteilung in den privaten Haushalten ist weitgehend erhalten geblieben.

Es gibt nach wie vor Branchen und Berufe, in denen Frauen überproportional vertreten sind. Diese Branchen und Berufe sind von vornherein mit einer Schlechterstellung verbunden.

Die Bezahlung differiert je nach Branche und Berufserfahrung erheblich. Der Abstand zum Entgelt ihrer männlichen Kollegen beträgt bei einer Grafikdesignerin 29,9%, bei einer Gebäudereinigerin 26,3%, bei einer Verkäuferin 23,3% oder bei einer Bankkauffrau 21,0%. Viele vollzeitarbeitende Arbeiterinnen in der Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie, Friseurinnen, Arzthelferinnen, Verkäuferinnen und Floristinnen und auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst arbeiten im Niedriglohnsektor und sind arm.

Berufserfahrung zahlt sich bei Frauen nicht aus. So beträgt der Lohnabstand im Vergleich zu den Männern bei 1 -5 Jahren im Durchschnitt 22% und bei 30 Jahren und mehr 32%. (gläserne Decke).

Die Erwerbsarbeitszeit wird reduziert – allerdings nach neoliberalen Muster: unter dem Label Flexibilisierung finden Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich statt; in Gestalt von Teilzeitjobs, Minijobs, geringfügige Beschäftigung sind massenhaft Niedriglohnjobs geschaffen worden (2007 gab es davon 6.498.000) dazu gehört auch die Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse, die ebenfalls der neuen Unsicherheit Platz machen.

Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit wird den Frauen versprochen, dass sie das Vereinbarkeitsproblem zwischen Erwerbsarbeit und Familie besser lösen können (Das nach wie vor als das Problem von Frauen angesehen wird). Dies wäre jedoch nur dann realistisch, wenn sie ihre Vorstellungen von Arbeitszeitregulierung einbringen könnten, und selbst dann wäre das Vereinbarkeitsproblem individualisiert und zu Lasten der Frauen gelöst, die in der Regel auf Weiterbildung und berufliche Entwicklungschancen verzichten müssen. Punktuelle Forderungen nach Kinderbetreuung, Ganztagschulen oder vernünftiger Pflegeeinrichtungen sind gut; ändern aber nichts an der prinzipiellen Zuständigkeit von Frauen für Erziehung und Haushalt.

Nur eine generelle Umwertung und Reorganisation von Arbeit würde hier weiterhelfen, dazu gehören eine qualitative und quantitative Aufwertung der Bildungs- Versorgungsarbeit und einer gerechten Verteilung von beruflicher und privater Arbeit auf die Geschlechter. Bei einer besseren Bezahlung würden auch mehr Männer diese Berufe ergreifen.

Prekäre Arbeit – prekäres Leben

Prekär bedeutet im wörtlichen Sinne unsicher, misslich, schwierig, bedenklich. Die Definition von prekärer Beschäftigung ist schwierig, weil nicht jede atypische vom Normalarbeitsverhältnis abweichende Arbeit als prekär bezeichnet werden kann. Prekär ist Erwerbsarbeit dann, wenn das Entgelt deutlich unter dem Durchschnittseinkommen liegt, keine Zukunftsperspektiven für den einzelnen bietet und Arbeitnehmerschutzrechte reduziert werden oder ganz entfallen.

Prekäre Arbeit und Beschäftigung tritt in verschiedenen Formen auf: Als Heim-, Zeit- oder Leiharbeit, als Minijob ebenso wie als illegale, saisonale oder temporäre Arbeit bis hin zu den sog. Soloselbstständigen. Das gemeinsame Merkmal all dieser Beschäftigungsverhältnisse ist das Fehlen der z.T. schwer erkämpften tarifvertraglichen und staatlichen Absicherungen, die das Normalarbeitsverhältnis kennzeichnen: dies sind die tarifvertraglich vereinbarten Einkommen, die Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit, der Kündigungsschutz, der Mutterschutz, soziale Absicherungen (Rente, Gesundheit, Arbeitslosigkeit), die betriebliche Interessenvertretung und Mitbestimmungsmöglichkeiten

Prekarisierung meint jedoch wesentlich mehr als materielle Not und Unsicherheit der Lebensperspektive. Prekarisierung bedeutet Angst, Stress und Unsicherheit, und die vor allem mit den Hartz-Gesetzen durchgesetzte Selbstmobilisierung, die häufig keine Perspektiven bietet. Prekarisierung ist Teil einer neuen Herrschaftsform, die auf einer auf Dauer gestellten Unsicherheit fußt und die Beschäftigten zur Hinnahme und Unterwerfung zwingen soll. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist Prekarisierung sowohl als subjektives Lebensgefühl wie als soziales Modell von einer Randerscheinung zu einer gesellschaftlichen Normalität für eine ständig größer werdende Zahl von Menschen geworden.

Zu einem allgemein diskutierten Thema wurde die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse erst zu einem Zeitpunkt, als in größerem Umfang auch Männer von der Entwicklung betroffen wurden. Als generelle Tendenz lässt sich eine „Feminisierung“ der Beschäftigungsverhältnisse feststellen (Wimbauer) auf Grund der generellen Tendenz zur Ökonomisierung der Arbeit und der bedrohlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Männer der mittleren Bildungs- und Einkommenschichten sind ebenfalls von dieser Entwicklung betroffen.

Wird dadurch auch der fordistische Gender- Contract obsolet? Tritt an dessen Stelle eine geschlechtsneutrale Orientierung an Leistung. Viele Frauen wünschen sich dies, weil die traditionelle Orientierung am Geschlecht so in Frage gestellt würde. Ob damit auch die Zuordnung von Produktions- und Reproduktionsarbeiten verändert wird, bleibt jedoch eine offene Frage.

Die marktzentrierte Produktionsweise lässt für beide Geschlechter keine Spielräume für eigenständige Disposition; dies können nur Arbeitsumverteilung und generelle Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag leisten. (vergl. Brinkmann u.a. S. 85 ff.)

Die zunehmende Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit und die nach wie vor erwartete Zuständigkeit für die Reproduktion polarisiert noch einmal zwischen den Frauen: Besser verdienende Leistungsträgerinnen („high potentials“) entlasten sich von der Versorgungsarbeit indem sie prekäre Beschäftigung überwiegend für Frauen schaffen (Osteuropäerinnen oder Migrantinnen). Diese Verbetrieblung des privaten Lebenszusammenhangs ermöglicht es den gut ausgebildeten und avancierten Frauen den Ansprüchen an Flexibilität und Mobilität gerecht zu werden. Auch für diese Frauen bleibt jedoch die Gefahr, dass die widersprüchlichen Anforderungen sie permanent überfordern.

Die Politik der haushaltsnahen Dienstleistungen wurde von der Bundesregierung gefördert. Durch die Anhebung der Versicherungsfreigrenze auf 400 Euro wurde seit dem 1. April 2003 mit

der Einführung der Mini-Jobs eine weitere Erosion des Normalarbeitsverhältnisses erreicht. Dies ermöglichte, die Mini-Jobs für die privaten Haushalte auszuweiten, so dass Dienstmädchentätigkeiten oder Kinderbetreuung über steuerliche Begünstigungen finanziert im Rahmen der Hartz-Gesetze als arbeitsmarktpolitische Maßnahme angesehen werden.

Alle diese Maßnahmen wirken sich auch auf die Altersversorgung aus. So warnen Vertreterinnen des Sozialverbandes VdK vor den langfristigen Folgen der Einkommensungleichheit. Schon heute leben 11,5 Millionen Rentenbezieherinnen von durchschnittlich 697 Euro. (einem Drittel weniger als die 8,5 Millionen Rentenbezieher mit 997 Euro.)

Strategien der Bewältigung oder des Widerstandes sowie neue und alte Widersprüche

Text aus der Anzeige eines Unternehmers von 1916:

„Verkaufe Fabrik ... mit gutem Stamm, weibliche, nicht organisierte, billige Arbeitskräfte.“

Was müssen wir fordern:

Aus der beschriebenen Entwicklung wird deutlich, dass die negativen Auswirkungen alle abhängig Beschäftigten betreffen, allerdings sitzen die Frauen hier in der ersten Reihe.

Die Situation erfordert einen Spagat: es gilt kurzfristig Verbesserungen für die Arbeits- und Lebenssituation zu erkämpfen und langfristig das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: das Geschlechterverhältnis demokratisch zu gestalten und die ökonomischen, politischen und kulturellen Orientierungsmuster zu verändern.

Zwei Beispiele:

Mit der Parole „Wir wollen gleiche Löhne – Keiner schiebt uns weg“ erstritten 29

Fotolaborhelferinnen, Beschäftigte der Firma Foto-Heinze, mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft - der IG Druck und Papier - am 9. September 1981 vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.

(1) Eingebettet in eine breite Solidaritätsbewegung haben die Heinze-Frauen bewiesen, dass sich der Kampf lohnen kann. Wichtige Voraussetzungen waren:

Die Gewerkschaft unterstütze von Beginn an die Initiative der Frauen,

die Frauen versuchten erst auf der betrieblichen Ebene den Konflikt zu lösen und beschritten erst als letzte Möglichkeit den gerichtlichen Weg.

Die Frauen bekamen eine breite Unterstützung für ihre vielen fantasievollen Aktionen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, der Politik, der Frauenbewegung, der Kultur sowie aus den anderen Gewerkschaften und dem DGB.

Die Frauen stützten sich wechselseitig und entwickelten sich auch als Personen weiter.

Die Frauen erhofften sich, dass durch den Erfolg im Einzelfall deutlich wird, es lohne sich, zu kämpfen. Bewusst war ihnen, dass Lohndiskriminierungen mit diesem Urteil nicht generell abgeschafft worden sind und dass es immer neuer Anstrengungen bedarf, um der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen.

(2) Auf Grund der in den letzten Jahren immer häufiger beklagten Organisationsschwäche der Gewerkschaften wird - bisher allerdings nur vereinzelt - auf ein Organisationskonzept aus den USA zurückgegriffen. Exemplarisch für die internationale Debatte ist der Revetalisierungsprozess der Service Employees International Union (SEIU) mit ihrer legendären Kampagne „Justice for Janitors“ aus den 80er Jahren. Die Kampagne - überwiegend getragen von Migranten und vor allem Migrantinnen im Niedriglohnsektor - entsprang der Notwendigkeit, die dramatischen Mitgliederverluste durch Outsourcing der Gebäudedienstleistungen aufzufangen. Inzwischen gelten

Migrantinnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen als Beschäftigte mit den stärksten Organisationsneigungen.

Organizing, Bewegungsorientierung, Mitgliederpartizipation und Kampagnenfähigkeit kennzeichnen verstärkt Möglichkeiten, neue Mitglieder zu gewinnen vor allem in bisher schwach repräsentierten Gruppen, wie Frauen, Prekäre oder Minderheiten.

Aus den Erfahrungen der USA sind jedoch Gefahren verbunden:

Erstens können sich verstärkt Zentralisierungstendenzen durchsetzen und zweitens darf nicht einseitig auf die Entwicklung von Organisationstechniken und Methoden der Mitgliederwerbung Gewicht gelegt und von einer inhaltlichen Diskussion gewerkschaftlicher Erneuerung abgelöst werden.

Um langfristige Erfolge zu erzielen sind verschiedene Strategien einzusetzen, die die Mobilisierung der Mitgliedschaft zum Ziel haben, die Arbeit der Basis verändern und damit neue partizipative Organisationsstrukturen schaffen.

Gesetzliche Mindestlöhne und eine wirksame soziale Grundsicherung können einen ökonomischen und sozialen Absturz mildern. Wichtig ist, einen grenzüberschreitenden Austausch über fantasievolle Aktionen im prekären Bereich zu organisieren. Darüber hinaus zeigt sich, dass Forderungen nicht für sondern mit den Betroffenen entwickelt werden müssen. Es gilt eine wirksame Politik der Entprekarisierung zu formulieren. Die wichtigste Forderung wäre die nach Sicherheit in der Unsicherheit.

Um Niedriglöhne und Lohndumping wirksam zu verhindern, reicht auf keinen Fall die Floskel „Hauptsache Arbeit“ oder „Wer arbeitet muss mehr verdienen als der der nicht arbeitet“. Diese Forderungen führen zu prekärer Arbeit, zu Armut und zu Sozialabbau

Vielmehr gehören die Forderung nach

- Arbeitszeitverkürzung,
- nach dem Mindestlohn und
- nach Erhalt der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- sowie nach „guter Arbeit“ ebenso dazu
- wie die Aufhebung des Sonderstatus der Mini-Jobs und ihre Eingliederung in das System der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und
- die Durchsetzung von gleicher Bezahlung für Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen.

Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse sind nach wie vor die materielle Basis von Leben.

Literatur

Altmann, Nobert, Deiß, Manfred, Döhl, Volker, Sauer, Dieter, (1986) Ein „Neuer Rationalisierungstyp“. Neue Anforderungen an die Industriesoziologie. In: Soziale Welt, H.2/3, S.191-207

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2006) Memorandum 2006. Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung. Köln

dies. (2008) Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht. Alternativen zur Bedienung der Oberschicht. Köln

dies. (2007) Memorandum 2007. Mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer Umbau und

soziale Gerechtigkeit – Demokratische Wirtschaftspolitik statt Aufschwungstaumel. Kurzfassung, Bremen

Bosch, Gerhard, Kalina, Thorsten, Weinkopf, Claudia, (2008) Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite. In: WSI Mitteilungen 8, S .423 – 430

Bourdieu, Pierre, (1998) Prekarität ist überall. In: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz

Brinkmann, Ulrich, Dörre, Klaus, Röbenack, Silke, (2006) Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Gesprächskreis Migration und Integration. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Choi, Hae-Lin, (2008) Re-Thinking Justice for Janitors – Strategische Erneuerung der

Dörre, Klaus, (2005), Orekariar – Eine arbeitspolitische Herausforderung. In: WSI – Mitteilungen 5

ders., (2008) Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing? In: WSI – Mitteilungen 1, S. 3 - 10

Hälker, Juri (Hrsg.) (2008) Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Organisation. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2008

Industriegewerkschaft Druck und Papier, (1981) Wir wollen gleiche Löhne – Keiner schiebt uns weg. Buch mit Schallplatte Tübingen, Dortmund

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, (1996/1997) Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Bonn

Neugebauer, Gero, (2007) Politische Milieus in Deutschland. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Notz, Gisela, (2008), Moderne Sklavenarbeit. Gut zwei Drittel der „Prekarisierten“ sind Frauen. In: lunapark, zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie, Heft 3, S.23-24

Kurz-Scherf, Ingrid, (2003) Geschlechterperspektiven auf den Wandel von Arbeit. in: WSI Mitteilungen 10, S.585-590

Schlecht, Michael, (2008) Drohszenarien ohne Substanz. In Financial Times Deutschland vom 29. August 2008

Wimbauer, Christine, 2006, Frauen – Männer, in: Lessenich, S., Nullmeier, F.(Hg.) Eine gesplattene Gesellschaft. Bonn

[http:// www.boeckler-boxen.de](http://www.boeckler-boxen.de)

